



**MARCHIVUM**

MANNHEIMS ARCHIV  
HAUS DER STADTGESCHICHTE  
UND ERINNERUNG



## **MARCHIVUM Druckschriften digital**

### **Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1923**

464 (9.10.1923) Abend-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-208845](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-208845)

# Mannheimer General-Anzeiger

## Badische Neueste Nachrichten

Bezugspreis: 70 Mannheimer u. Umgebung in der laufenden Woche M. 100.000. Die monatlichen Bezüge verpflichten sich bei der Bestellung des Abonnements die während der Bezugszeit notwendigen Preisänderungen zu bezahlen. Postfachnummer 17900 Karlsruhe. — Hauptgeschäftsstelle Mannheim L. 2. — Geschäftsstellen: Heidelberg, Waldbrunn, S. 7, 7941, 7942, 7943, 7944, 7945, 7946, 7947, 7948, 7949, 7950, 7951, 7952, 7953, 7954, 7955, 7956, 7957, 7958, 7959, 7960, 7961, 7962, 7963, 7964, 7965, 7966, 7967, 7968, 7969, 7970, 7971, 7972, 7973, 7974, 7975, 7976, 7977, 7978, 7979, 7980, 7981, 7982, 7983, 7984, 7985, 7986, 7987, 7988, 7989, 7990, 7991, 7992, 7993, 7994, 7995, 7996, 7997, 7998, 7999, 8000.

Anzeigenpreise nach Tarif, bei Vorauszahlung oder mit Zuschlag für Selbstentwertung: Allgemeine Anzeigen 2000 x 4000 = 40.000.000. Für Anzeigen an bestimmten Tagen 2000 x 4000 = 40.000.000. Für Anzeigen an bestimmten Tagen 2000 x 4000 = 40.000.000. Für Anzeigen an bestimmten Tagen 2000 x 4000 = 40.000.000.

Beilagen: Der Sport vom Sonntag — Modezeitung — Aus Zeit und Leben mit Mannheimer Frauen-Zeitung und Mannheimer Musik-Zeitung

### Schritte der Reichsregierung

Berlin, 9. Okt. (Von unserm Berliner Büro.) Die Reichsregierung hat Schritte in Paris und Brüssel unternommen, in der Richtung, ob die belgische und französische Regierung bereit seien, mit der deutschen Regierung Verhandlungen über Reparationsfragen und über die Wiederaufnahme der Arbeit im Ruhrgebiet einzuleiten.

Sobald die Regierung die Antwort auf diese Demarche haben wird, wird sie mit den Ruhrindustriellen in Verhandlungen eintreten über die Wiederaufnahme der Sachlieferungen.

#### Ein Weißbuch zur Reparationsfrage

Berlin, 9. Okt. (Von unserm Berliner Büro.) Dem Reichstag ist soeben ein Weißbuch ausgegangen, das die Klärung der Reparationsfrage vom 26. Dezember 1922 bis 7. Juni 1923 enthält.

#### Offenherzigkeit Herrn Tirard

Der französische Delegierte in Koblenz Tirard hat einem Sonderberichterstatter des „Eggenhorst“ seine Gedanken über die Zukunft mitgeteilt. Er sagte:

Das Ruhrgebiet und das Rheinland seien unter dem passiven Widerstand nicht gleichmäßig beurteilt worden und würden es auch nicht anlässlich der Einstellung des passiven Widerstandes. Das Ruhrgebiet sei ein neues Pfand, sichergestellt durch die Militärten, die im Jahre 1920 Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort besetzt hätten und dann sichergestellt in der Gesamtheit durch Frankreich und Belgien. Das Rheinland wäre allein schon ein Pfand, das den Friedensvertrag sichere. Diese Unterscheidung habe Deutschland nicht gehindert, den passiven Widerstand, der im Ruhrgebiet entfaltete werde, auch auf das Rheinland auszudehnen. Unter diesen Umständen verkenne man im Augenblick der Liquidierung des Widerstandes nicht, daß im Ruhrgebiet Deutschland eine Kampfstrategie angewandt habe, im Rheinland dagegen sich einer Verfehlung gegen den Friedensvertrag habe schuldig gemacht.

Nach dem Berichterstatter gebraucht offenbar Tirard dieses Argument, um eine zu rasche und allgemeine Lösung, die die deutsche Regierung wünsche, abzulehnen. Tirard sagte ferner: Ich habe den Vertreter des Oberpräsidenten, der mit mir über die Wiederaufnahme der Arbeit verhandeln wollte, ebenso wenig empfangen wie den Vertreter der deutschen Eisenbahner. Die Eisenbahner müssen einzeln kommen, denn höhere und mittlere Beamte gebe es überhaupt nicht mehr. Sie seien gut erachtet und man gebrauche sie nicht mehr. Was die Eisenbahner anrührt, glaube er, daß die Regie auf alle Fälle Deutschland nicht mehr übertragen werden dürfe. Die Regie werde jedenfalls eines Tages in eine Gesellschaft umgewandelt mit einer internationalen Verwaltung, deren Kapitalien im Verhältnis zu dem Reparationsrecht stehen würden. Man würde nicht vergessen, daß die rheinischen Eisenbahnen die einzige Produktivität Deutschlands sei, also im Falle eines Vergehens der deutschen Regierung eine wichtige Grundlage für die Reparationszahlungen bilden würden.

Nach Einstellung des passiven Widerstandes spreche man von Kontrolle. Es könne nicht einfach von Kontrolle die Rede sein, man müsse Leistung sagen. Der zukünftige Betrieb erfordere freies Abkommen mit dem Ruhrindustriell oder mit den großen Konzernen. Der Erfolg werde vielmehr sichergestellt, wenn man mit den Betrieben selbst verhandele. Er habe gefürchtet, wenn die Franzosen und Belgier allein in das Ruhrgebiet einmarschierten, gebrauche man ein Jahr, um ans Ziel zu kommen. Er habe sich getäuscht. In neun Monaten habe man Erfolg gehabt.

Über die rheinische Separatistenbewegung erklärte Tirard, er wolle hierauf öffentlich nicht antworten. Der Berichterstatter kann also nicht mitteilen, was er ihm über diese Frage mitgeteilt habe.

### Die Frage der amerikanischen Kredite

Berlin, 9. Okt. (Von unserm Berliner Büro.) An unrichtiger Stelle erfahren wir, daß die Nachrichten, die amerikanische Regierung plane einen Kredit für die deutsche Währungsbank erteilt zu haben, richtig sind. Wichtig dagegen ist, daß amerikanische Bankkreise sich für diese Fragen interessieren und demnächst eine Sachverständigenkonferenz zwischen Vertretern dieser amerikanischen Bankkreise und deutschen Sachverständigen stattfinden wird, die sich bereits auf der Reise nach Amerika befinden. Es scheiden auch Verhandlungen über eine internationale Übergabe von Geld an Deutschland für Lieferungen, die Deutschland aus dem Ausland bezieht. Es ist Grund zu der Annahme vorhanden, daß diese Verhandlungen zum Ziele führen werden.

#### Cuno in Newyork

Berlin, 9. Okt. (Von unserm Berliner Büro.) Wie die „B. Z.“ mitteilt, hat der frühere Reichskanzler Dr. Cuno während seines jetzigen Aufenthalts in Newyork mit dortigen Bankgruppen Verhandlungen wegen einer Beteiligung amerikanischer Kapitalien an der deutschen Währungsbank geführt, die nach den in Berlin vorliegenden Nachrichten ein befriedigendes Ergebnis gehabt zu haben scheint.

### Aus dem Reichstag

#### Obstruktionsversuche?

Berlin, 9. Okt. (Von unserm Berliner Büro.) Es hat heute begonnen, die der Meinung waren, der Reichstag könnte heute schon auseinandergelassen werden, zumal das Arbeitszeitgesetz ja doch erst nach der Vertagung erlassen werden soll. Von diesem schönen Traum wird man Abschied nehmen müssen. Es ist gar keine Aussicht, das Ermächtigungsgesetz heute durch die drei Lesungen zu treiben. Schon bei Beginn der Sitzung meldete sich Herr Hefferich und beantragte Ueberweisung des Ermächtigungsgesetzes an einen Ausschuss. Das ist geschäftsordnungsrechtlich nicht zulässig. Ueber die Verweisung an den Ausschuss beschließt man erst am Schluss der ersten Lesung. Es scheint, daß man auf allerhand Obstruktionsversuche sogar Sabotageversuche nicht verzichten wird. Der getriggerte Appell des Kanzlers ist einflücheln wenigstens verhallt.

In der Debatte spricht dann als erster Redner der demokratische Abgeordnete Schiffer. Herr Schiffer hat sich seit geraumer Zeit nicht mehr vernehmen lassen können. Das verleiht ihm zur Breite und es wird es schon bei dieser ersten Rede eine Aussprache über alle Probleme der inneren Politik.

Washington, 9. Okt. Gestern und heute wurden in der Unterhause Georgepaum (George) Erdölölde verzeichnet, die etwa 5000 Meilen entfernt stattgefunden haben.

### Die Wirtschafts-Verhandlungen

#### Das erste Abkommen mit Degoutte

Berlin, 9. Okt. (Von unserm Berliner Büro.) Der „Ratin“ teilt nach einer Pariser Drahtung der „B. Z.“ in bestimmtester Form ein Abkommen mit, das die Gruppe Otto Wolf (Phönix) mit dem General Degoutte abgeschlossen und unterschrieben habe. Nach dem französischen Blatt soll darin folgendes vereinbart worden sein:

1. Die Gruppe Phönix hat an die französische Regierung die Kohlensteuer von den letzten drei Monaten des Jahres 1922 zu bezahlen, die noch nicht geliefert sind. Die Gruppe Phönix bezahlt des weiteren an die französische Besatzungsbehörde die Kohlensteuer für die Zeit vom 11. Januar 1923 bis zur Unterzeichnung des Abkommens. Die für Reparationskonto gelieferten Kohlen werden keiner Abgabe unterliegen.

2. Die Gruppe Phönix wird den Franzosen eine Menge Kohlen liefern, die in einem bestimmten Verhältnis zu den Erträgen der Gruben und Hüten steht, die dieser Gruppe gehören, im Verhältnis zu der Gesamtheit der Ruhrproduktion und im Verhältnis zu den Beträgen, die Frankreich geschuldet werden. Die seit dem 10. April beschlagnahmten Sprengstoffe und Produkte gehören den Franzosen.

3. Die Vorräte an Metallergzeugnissen werden nach Tragabede der durchgeführten Zahlungen freigegeben, mit Zwangsgarantien für die Summe, die Frankreich auf Rechnung der Kohlensteuer zuzahlen.

4. Nach Erfüllung dieser Bedingungen wird der Gruppe Phönix gestattet, ihre Kohlen und Produkte in Deutschland zu dem ihr gut erscheinenden Preis zu verkaufen. Man gibt ihr sogar die Ermächtigung (!), eine gewisse Anzahl von Tonnen nach dem Ausland zu exportieren.

5. Alle diese Verkäufe und Exporte sind der Ausstellung von Lizenzen durch die französische Kohlen- und Hofenkommission unterworfen, die sich je nach der Lage eine Ausdehnung oder Verminderung vorbehält.

Der Abschluß eines Abkommens mit der Otto Wolf-Phönix-Gruppe wird auch von Havas bestätigt, doch werden Einzelheiten nicht mitgeteilt.

An ausländiger deutscher Stelle liegt über den Abschluß eines solchen Abkommens eine Bestätigung nicht vor. Sollte ein solches Abkommen in der mitgeteilten Form zustande gekommen sein, so unterliegt es keinem Zweifel, daß sich daran Weiterentwicklungen in Paris, weil hier in die Befugnisse des Reichs hinsichtlich der Reparationsfrage eigenmächtig eingegriffen wurde.

#### Im Beisein der französischen Ingenieure

Wie das „Journal des Debats“ mitteilt, hatte General Degoutte zu der Besprechung mit den Ruhrindustriellen Mitarbeiter der französischen Ingenieurkommission zugelassen. Die Pariser Abendblätter betonen, daß die deutschen Vertreter feierlich Mandat von Dr. Stresemann erhalten hätten, sondern private Interessen vertreten. Aus Erklärungen am Dni d'Oran geht hervor, daß die Franzosen hoffen, die Verhandlungen mit den deutschen Ruhrindustriellen fortsetzen zu können.

#### Das Reichskabinett und die Fragen der Ruhrindustriellen

Wie bereits gemeldet, haben die Ruhrindustriellen Stinnes, Rüdiger um, die kürzlich mit dem General Degoutte verhandelt, heute morgen in der Volkshalle auf eine 10 Fragen aufgestellt und die Regierung gebeten, sich zu diesen Fragen zu äußern. Wie wir hieran von ausländiger Stelle erfahren, hat die Regierung vorerst nicht die Absicht, diese Fragen zu beantworten. Sie wartet vielmehr zunächst ab, welches Ergebnis die Demarche haben wird, die sie gestern in Paris und Brüssel unternommen hat. (Siehe dort.)

#### Austritt des Generaldirektors Minour aus dem Sinneskonzern

Wie der Berliner Vertreter der Frankfurter Zeitung erfährt, ist Herr Friedrich Minour, der meist hervortretende Abteilungschef der Sinneskonzernverwaltung, der bekannte Verfasser des Planes Friedrich Biot, aus Sinnes Diensten ausgeschieden. Ob es sich für Herrn Minour nur darum handelt, für seine künftige Tätigkeit in jeder Weise frei zu werden von Beziehungen zu Herrn Sinnes oder ob nicht auch tiefgehendere Ansichtsviertheilungen hervorgetreten waren, die ihm bei der selbständigen Natur des Herrn Sinnes die Trennung nahelegten, wird sich bald zeigen. Friedrich Minour war Generaldirektor im Konzern und namentlich Leiter der Hugo Sinnes G. m. b. H. in Berlin und solcher Abteilungen, in denen der mitteldeutsche Kohlenhandel, das Holz-, Zellstoff-, Papier- und Zellulosewesen konzentriert waren.

### Die Arbeitszeit im Bergbau

Der Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Bezirk Essen, erläßt einen Aufruf an die Arbeiter und Angestellten des Bergbaus, in dem er gegen die von den Grubenbesitzern des rheinisch-westfälischen Bergbaues geforderte Verlängerung der Arbeitszeit scharf Stellung nimmt. Die Arbeitnehmer hätten die Pflicht, weiter zu arbeiten wie bisher, sich ruhig, aber entschlossen gegen die einseitige Aenderung der Arbeitsbedingungen zu wehren. Der Aufruf schließt: Die an dem Tarifvertrag für den Bergbau beteiligten Organisationen übernehmen die Führung in diesem Kampfe und erlauben alle Arbeitnehmer, für Ruhe und Ordnung besorgt zu sein und sich streng an die Weisungen der Organisation zu halten. Nur so kann dieser Kampf zu einem guten Ende geführt werden.

#### Mannheims Lebenshaltungsindex 133 973 357

Steigerung um 189,1 Prozent  
Wie das Stadt-Rathschreiben mitteilt, ist die vom Preisprüfungsamt nach der Methode des Statistischen Reichsamtes berechnete Mannheimer Lebenshaltungsindex (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung) nach den Preisen vom 8. Oktober auf 133,973,357 gestiegen. Seit man die entsprechende Vergleichszahl (134,59 in 1913/14) gleich 1, so erhält man die Indexziffer 133,973,357. Da am 1. Oktober die Mannheimer Indexziffer 46,233,716 betrug, ist vom 1. bis 8. Oktober eine Erhöhung um 189,1 Prozent eingetreten.

#### 5- und 10-Milliardenscheine

Berlin, 9. Okt. (Von unserm Berliner Büro.) Wie die „B. Z.“ von der Reichsbank erfährt, befinden sich neue Reichsbanknoten zu 5 und 10 Milliarden in Vorbereitung. Sie werden schon demnächst in der neuen Scheinverleiher mit kleinen Abweichungen in der Art der 100-Milliardenscheine auf gefoltertem Rand und groß ausgedruckter Wertziffer erscheinen.

### Kein verfrühter Friede!

#### „Wir sind im November 1918“

(Von unserm Mitarbeiter)

© Paris, 7. Oktober.

Poincare scheint sich von Stanley Baldwin ausbedungen zu haben, die Verhandlungen mit Deutschland erst dann aufzunehmen, wenn er es für nötig hält. Obwohl die Regierungsordnungen des Kabinetts Cuno aufgehoben worden sind, von deutscher Seite das Ansuchen um Einleitung der Reparationsbesprechungen gestellt wurde, verharret Poincare auf dem unerlöschlichen Standpunkt: Frankreich hat Zeit; wir wollen die Deutschen erst an der Arbeit sehen. Und aus England kommt nicht eine einzige warnende Stimme.

In den Generalratsitzungen, die dem Ministerpräsidenten einen großen Triumph verschafften, wiederholte sich der Ruf: „Frankreich hat diesen Sieg über Deutschland allein errungen, daher hat es auch das Recht, nach eigenem Ermessen zu handeln.“ Das bedeutet, daß die herrschenden Blockparteien von einem solchen verfrühten Friedensschluß, wie er nach dem Zusammenbruch der deutschen Kampffront zustandekam, nichts wissen wollen. Damals wollte Poincare (Präsident der Republik) die Verfolgung des Feindes auf deutschem Boden, selbst auf die Gefahr hin, das Werk der Vermählung im Rheinland verrichten zu lassen. Clemenceau, der Lloyd George und Wilson gegenüber allzu mißfällig war, einigte sich mit den Ministern. Der Waffenstillstandsvertrag verbot die Fortführung des Feldzuges in Deutschland.

Der Ruhrkrieg Poincares, der in Milliarden einen durchaus gleichgültigen Mitarbeiter hat, führte zum finanziellen und wirtschaftlichen Niedergang des deutschen Reiches und weiterhin zur verfrühten Sonderbewegung, deren Kampfmittel von der internationalen Kommission stillschweigend geduldet werden, weil Frankreich und Belgien seit der Ruhraktion die Initiative zur Ermüdung des linken Rheinufers vom Reiche ergriffen haben und nicht mehr preisgeben wollen. Es winkt die Verwirklichung zweier großer Ziele: Gründung eines französisierten Ruffreilandes am Rhein, von Mainz bis Duisburg und Zerfall der Reichseinheit. Man mag dagegen ins Treffen führen, daß der Verfallter Friedensvertrag ausdrücklich die Einheit des Reiches anerkennt, Einmennung in die innerpolitischen Vorgänge unterliegt.

Clemenceau und Lloyd George hatten vor allem die Reparationen im Auge; sie sagten sich, daß ein auseinandergefallenes Deutschland, verschiedene Regierungsformen wählend, nicht in dem Maße reparationsfähig sein werde, wie ein Staat, dessen Zentralregierung als juristische Person den Gläubigern gegenübersteht. Wir haben im Verlaufe des Reparationsstreites gesehen, wie sich innerhalb des „Bloc national“ Stimmen für und gegen diese Bestimmung, dieses Fundament des Verfallter Paktes erhoben. Aristide Briand erkannte, welchen Weg man ihm aufdrängen wollte; er sah, was hinter der Ruhraktion steckte. Lloyd George sagte es ihm offen auf der Konferenz von Cannes. Der „Bloc national“, empört über die „unfranzösische Europapolitik“ Briands, schloß Poincare ans Steuer, ließ davon überzeugt, daß nun der Mann gefunden sei, der den zweiten Feldzug nicht verfrüht zum Abschluß bringen werde. Es kam zum Einmarsch ins Ruhrgebiet; eine Tat, die von den besten französischen Wirtschaftlern als ein „Attentat auf die deutsche Reparationsfähigkeit“ bezeichnet wurde. Heute wird dies, auch von den Regierungsmännern zugegeben, doch mit dem Zufolge, Poincare verfolge an der Ruhr und am Rhein eine Siderationspolitik großen Stils, deutscher gesprochen, den Aufbau der französischen Reichstellung am linken Rheinufer unter gleichzeitiger Vernichtung des Reiches.

Die Hoffnungen der um Poincare gescharten Politiker, die Fortsetzung der Rheinprovinzen in absehbare Zeit zu erreichen, sind bereits so stark geworden, daß man wie von einem fait accompli spricht. Maurice Barres, der Sendebote französischer Kultur im Rheinland, kehrt siegesgewiß aus dem „neuen Staat“ zurück und meldet im „Echo de Paris“, die Frucht werde innerhalb 3 Wochen reif vom Baum fallen. Er engagiert Herrn Poincare etwas zu stark. „Unser Ministerpräsident befindet sich auf dem guten Wege. Er darf ein übereilter Schritt würde das Wirken der Separatisten beeinträchtigen, einen Zustand der Ruhe schaffen, der das Abflauen der Begeisterung für die Rheinrepublik zur verderblichen Folge hätte.“ Barres vergißt hier, daß Poincare mit Rücksicht erklärte, er lümmelte sich nicht um die Separatisten, er wüßte nichts anderes als baldige Wiederherstellung eines geordneten Zustandes am Rhein und an der Ruhr, wie im unbefestigten Deutschland, denn das wäre die beste Garantie für Ausbringung der Reparationen. Er sagte auch, daß Frankreich nichts unternommen werde, was eine Verlängerung der zerrütteten Verhältnisse herbeiführen könnte. Die Schuld an der chaotischen Lage schrieb er den Deutschen selbst zu. Maurice Barres, ein Vertrauensmann des Ministerpräsidenten, erklärt los Gegenüber: Hätten wir uns vor einem verfrühten Frieden! Leben wir Herrn Poincare, der den richtigen Weg gewählt hat, um das Rheinland vom Reiche loszumachen. Hinter Barres stehen die zugehörigen Freunde des Regierungschefs. Es kann also gar kein Zweifel darüber bestehen, daß Barres die wahren Absichten Poincares ausdrückt, ja, für diese Tatist selbstverständlich Zustimmung macht.

Dem zur Realität gewordenen Rheinlandstaate soll der Zerfall des Reiches folgen. Was dann aus den Reparationen wird, scheint dem Oberdeutlichen des „Temps“ plötzlich eine quantität négligeable geworden zu sein. Winkt doch das Ziel: „Auflösung der deutschen Staatseinheit in feindseligem Staaten und Abtrennung aller Gebiete vom kriegsgefährlichen Preußen, um dieses gefährliche Zentrum der Neoavande, diesen mitteleuropäischen Kriegsballast, unabhänglich zu machen.“ So schreibt Jean Herbet, Friede im jetzigen Augenblick, etwa deshalb, um eine verfassungsmäßige deutsche Regierung nach Witten hin zu kräftigen, ihr die Freiheit zu verschaffen? Nein — das wäre just das Gegenteil von dem, was Frankreich herbeiführen würde. Herbetts schweigt in Hoffnungen auf den „Triumph“ des Selbstbestimmungsrechtes der deutschen Staaten. Schon steht er keine Staaten, die sich aus der preußischen Fessel losgemacht haben, um ruhig und friedfertig zu leben, die sich zusammenzumit, um Preußen zu bemachen. (Mit Hilfe Frankreichs?) In solchen herrlichen Resultaten kann die Ruhraktion führen, wenn sich das französische Volk gebuldet, wenn es Poincare, der es so vornehmlich versteht, mit Deutschland umzugehen, nach gewähren läßt.

Der „Temps“, Repräsentant des französischen Hochbürgeriums, ergreift die Fahne Napoleons. Was werden die gemäßigten Sozialisten dazu sagen? Ihr galliger Spott allein bringt das „nationale“ Frankreich nicht aus der Ruhe. Herbetts schreie gestirnt: „Wir befinden uns am Kreuzwege. Rheinprovinz, Reichsverfall — diesen beiden Zielen streben wir zu. Rufen wir die Gelegenheiten aus, denn der andere Weg führt einem neuen Krieg entgegen. Napoleons Geist kehrt über uns, die wir gelauert sind durch hundertjährige Geschichte.“



Berichtszeitung

Mannheimer Schöffengericht

Mannheim, 9. Okt. (Schöffengericht.) Vorsitzender: Amtsrichter Straßel, Schöffen: Pauls, Rhenier und Waldschlosser.

Der am 6. Mai 1897 in Heidelberg geborene Lechner Karl A. hat ein Rad entlehnt, um in Wiesbaden zu hantieren. Er erhielt auch einen Kuchel voll Kartoffeln mit 20 Pfund und 3 Pfund Butter.

Der wegen Diebstahls angeklagte Schiffsmann Paul Fischer aus Baupheim hat ebenfalls schon verschiedene Vorstrafen. Heute will er jedoch unschuldig sein.

Das Minderheitsverbot Katharina und Wilhelm Hedmann von Mannheim-Baldhof hat in bezug auf seine Vorstrafen ein schlechtes Gedächtnis. Oberamtsschlichter Säger hilft dem nach, wobei bekannt wird, daß beide schon vorbestraft sind.

Das russische Zollamt. Ein funktioneller Prozeß ist in Petersburg zu Ende gegangen. Dort sind 384 Steuerbeamte wegen Bestechung und Erpressung angeklagt gewesen.

Neues aus aller Welt

Die Refordiober eines Zepellinschiffes. Das Zepellinschiff L. 72 ist neben einem anderen Schiff derselben Bauart als Kriegsboot an die Franzosen ausgeliefert worden.

Wetternachrichten der Karlsruher Landeswetterwarte

Table with 10 columns: Ort, Temperatur, Wind, etc. for various locations like Mannheim, Heidelberg, etc.

Das trübe, regnerische Wetter dauert fort, da in solcher Folge dem Ocean harte Aufdrückwellen vorrücken. Ein neuer, sehr heftiger Sturmwindel ist östlich von Island erschienen.

Aus Handel und Industrie

Starke Zunahme der Banken in Baden

Während um die Mitte des vorigen Jahrhunderts die Kreditorganisation in unserm Lande noch schwach entwickelt war, setzte um das Jahr 1870 und in der Folgezeit, durch die zunehmende Industrialisierung bedingt, eine rege Gründertätigkeit ein.

Nach einer Umfrage des Statistischen Landesamts betrug die Zahl sämtlicher Bankunternehmen (selbständige Banken, Zweigniederlassungen, Filialen, Depositenkassen, Wechselstuben usw.) am 1. September d. J. insgesamt 250.

Diese 250 Bankunternehmen verteilen sich auf insgesamt 80 Gemeinden. Die größte Zahl entfällt auf Mannheim (25). Es folgen dann die Städte Karlsruhe mit 16, Freiburg mit 9, Pforzheim mit 8, Konstanz und Baden mit je 7 und Heidelberg mit 5 Banken.

Der Rechtsform nach zerfallen unsere badischen Banken in je 13 Aktien- und Kommanditgesellschaften 5 E. G. m. b. H. und 3 G. m. b. H.; die übrigen sind entweder offene Handelsgesellschaften oder Einzelfirmen.

Ludwig Wessel A.-G. für Porzellan und Steingutfabrikation, Bonn. Die Gesellschaft beantragt Kapitalerhöhung um einen nichtgenannten Betrag und Erhöhung des Stimmrechts der 500 000 M. Vorzugsaktien.

Börsenberichte

Frankfurter Wertpapierbörse

Frankfurt, 9. Okt. (Draht.) Im Vormittagsverkehr war die Umsatztätigkeit in Devisen bescheiden. Die Stimmung blieb jedoch sehr fest. Dollarnoten bewegten sich zwischen 1,2-1,25-1,5 Milliarden M.

Berliner Wertpapierbörse

Berlin, 9. Okt. (Eig. Ber.) Im heutigen Vormittagsverkehr war das Effektengeschäft weiter sehr still. Orders gingen nur in sehr geringem Umfang ein, jedoch überwogen bei den einzelnen Kaufaufträgen, so daß die heute vormittag abgegebenen Kursschätzungen über den gestrigen Schlusskursen liegen.

Kaltwerte. (Wochenbericht von Rodrigo de Castro, Gebr. Dammann u. Co.)

Wochenbericht von Rodrigo de Castro, Gebr. Dammann u. Co. Hamburg, 6. Okt. Die Aufwärtsbewegung brach sich in der verflochtenen Woche an den Wertpapierbörsen wieder Bahn. An dem Maßstabe der Devisenkurse berechnet, sind trotzdem die Preise sämtlicher Wertpapiere noch erheblich unter Parität, es ist mithin trügerisch, wenn von 'festen Börsen' nach dem Vorbilde früherer Jahre gesprochen wird.

und 50 Milliarden höher gesprochen wurden. Wintershall waren überhaupt nicht im Angebot, so daß ein Preis hierfür nicht zu bestimmen ist. Anders verhielt sich der Kali-Aktien-Markt, wengleich auch auf diesem Gebiet von mangelndem Angebot die Rede sein muß.

Devisenmarkt

Frankfurter Notemarkt 9. Okt.

Table with 2 columns: Land, Kurs. Includes Americanische, Belgische, Dänische, Englische, Französische, Holländische, Italienische, Österreich abg.

Frankfurter Devisen

Table with 4 columns: Amtlich, L.L., E.L., S.L. Includes Belgien, Holland, London, Paris, Wien, Brüssel, Italien, Dänemark, Norwegen, Schweden, Heligoland, New-York, Buenos Aires, Prag, Brüssel, Sofia.

Berliner Devisen

Berlin, 9. Okt. (Eig. Ber.) Am Devisenmarkt schrumpft das Geschäft von Tag zu Tag immer mehr zusammen. Es fehlt nahezu völlig an Angeboten, ebenso wird die Nachfrage geringer, einmal angesichts der enormen Mittel, die bei dem heutigen Kurstand für Devisen anzulegen sind, dann aber auch, weil man vielfach annimmt, daß die Reaktion auf die sprunghafte Steigerung der Devisen endlich einmal ein Rückschlag folgen werde.

Waren und Märkte

Table with 4 columns: Amtlich, L.L., E.L., S.L. Includes Holland, Buenos Aires, Brüssel, Christiania, Kopenhagen, Stockholm, Hamburg, Italien, London, New-York, Paris, Schweden, Spanien, Japan, Rio de Janeiro, Wien, Prag, Jopolkavien, Budapest, Sofia.

Viehmarkt in Karlsruhe vom 8. Oktober. Die Preise sind für den Zentner Lebendgewicht, alles in Millionen M gerechnet. Zufuhr: 191 Stück, darunter 24 Ochsen, 14 Kühe und 40 Färsen, 41 Kälber und 41 Schweine.

Metalle. (Bericht der Deutschen Metallhandlung A.-G.) Berlin-Oberschöneweide, 6. Okt. In der heute schließenden Berichtswoche machte die Entwertung des deutschen Geldes weiter derartige Fortschritte, daß der Stand der Mark nur noch 1/2 des Wertes am Ende der Vorwoche beträgt.

